

Rede vom 07.10.2009
Antrag CDU und FDP

Der Bau des E.ON-Kraftwerks in Datteln muss im Interesse der Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen schnell vollendet werden!

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es noch einmal versuchen zu erklären: Ich habe eben den Begriff Rechtsfortbildung benutzt. Kollege Priggen, wenn ein Gericht die Spielregeln für die Exekutive ändert, dann ist das eine Rechtsfortbildung, der wir uns stellen müssen. Das haben wir gar nicht in Frage gestellt.

Zweitens. Kollege Römer, Sie haben eben gesagt: Lesen bildet. Kollege Hovenjürgen führte aus: Lesen und Zuhören ist eine gute Sache. Ich sage Ihnen: Lesen, Zuhören und ein Gesetz verstehen, das wäre eine tolle Sache; das wäre etwas ganz Neues für Sie.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat es mehrfach klarzustellen versucht: Der LEP ist eine Angebotsplanung. Das bedeutet nicht ein Darstellungsprivileg – nur hier und nicht woanders –, sondern bedeutet eine Flächensicherung vor konkurrierender Nutzung, nicht mehr und nicht weniger. Das haben Sie immer noch nicht verstanden. Ich kann es Ihnen vielleicht gleich im Detail aufschreiben – das haben wir oft genug gemacht –, damit Sie es lesen können. Ob Sie allerdings den Sinn erfassen, das weiß ich nicht.

Meine Damen und Herren, sehr wichtig ist doch, heute festzustellen: Es gibt in diesem Hause eine Mehrheit, die eindeutig Ja zum Standort Deutschland, zum Exportland NRW sagt. Es gibt hier eine Mehrheit, die Ja zum Industriestandort sagt und auch sagt: Ja, wir brauchen langfristig sozialversicherungspflichtige gewerbliche Beschäftigte. Es gibt in diesem Hause eine Mehrheit, die eindeutig Ja zur Standortsicherung sagt – Standortsicherung verstanden als Erweiterung, als Neubau, als Ersatz.

Es gibt in diesem Hause eine eindeutige Mehrheit, nämlich von CDU und FDP, die Ja sagt zu moderner Kraftwerkstechnik, zu modernen Kraftwerken bei uns in Nordrhein-Westfalen. Und es gibt eine Minderheit, die eindeutig sagt: Wir wollen damit nichts mehr zu tun haben. Das sind SPD und Grüne, die sich dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen verweigern. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung möchte jetzt noch einmal Frau Ministerin Thoben sprechen.

[...]

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Hovenjürgen, ich muss Ihnen recht geben: Zuhören hat auch etwas mit Bildung und der Fähigkeit zu tun, etwas zu verstehen. Kollege Römer, alleine nur in dieser Debatte etwas zuzuhören – noch nicht einmal ein Aktenstudium –, das hätte Ihren Redebeitrag obsolet gemacht. Das will ich Ihnen nachweisen:

Erstens. Wir haben eine neue Rechtssituation, weil das Gericht erstmalig – ich wiederhole: erstmalig – bisher allgemein anerkannte Spielregeln neu definiert hat.

Zweitens. Es ist deutlich gemacht worden, auch in den Redebeiträgen, dass infolgedessen die

Abwägung noch ausführlicher dargestellt werden muss, als es bislang gemacht worden ist.

Drittens. In bisherigen Redebeiträgen haben neben mir auch Kollegen aus der von mir geschätzten Fraktion der CDU klar gemacht, dass Industriegebiete neben Kraftwerksstandorte gehören. Dies muss zumindest ermöglicht werden. Ich sage sogar, dass es gefordert werden muss. Ich weiß allerdings, dass gerade Sie es als eine unzulässige Einschränkung der kommunalen Planungshoheit bezeichnen, so etwas durchzusetzen.

Viertens. Wenn ich richtig zugehört habe, hat die Ministerin eben erklärt: Aufgrund der derzeitigen Situation wird ein LEP Energie vorgezogen werden.

Fünftens. Die Ministerin hat deutlich gesagt, dass wir in Bezug auf die Auswertung der Gerichtsentscheidungen noch keine abschließende Meinung haben. Die können wir auch noch nicht haben, weil es derzeit zwei Tendenzen beim Oberverwaltungsgericht gibt. Die eine Tendenz lautet: Wir müssen das Gesetz strenger fassen; aus einem Soll muss ein Muss werden. – Die andere Tendenz heißt: Wenn du ein Ziel hast, darfst du nicht so konsequent sein, sondern musst Ausnahmeregelungen zulassen.

Nach beiden Seiten zugleich zu springen, ist erheblich schwieriger, als Sie sich das vorstellen. Ich kann es mir auch nicht vorstellen. Da Sie sich mit dem Sachzusammenhang ohnehin nicht intensiv befasst haben, lässt sich aber leicht fordern: Ministerin, du sollst sagen, wo es hier langgeht. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)